

"Der Konvent zur Zukunft Europas eröffnet die Debatte über die Führung der EU" in El País (3. März 2002)

Legende: Kurz nach Beginn der Arbeiten des Europäischen Konvents fasst die spanische Tageszeitung El País am 3. März 2002 die Herausforderungen des schwierigen und langen Reformprozesses der Europäischen Union zusammen.

Quelle: El País. 03.03.2002. Madrid. "La Convención del Futuro de Europa abre el debate sobre quién manda en la UE", auteur:Yárnoz, Carlos , p. 8.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_konvent_zur_zukunft_europas_eroffnet_die_debatte_uber_die_fuehrung_der_eu_in_el_pais_3_marz_2002-de-c26c7d85-8834-492a-88a9-15966c4a6f71.html



Publication date: 05/07/2016

Der Konvent zur Zukunft Europas eröffnet die Debatte über die Führung der EU

Giscard d'Estaing warnt vor der Gefahr einer „Aufsplitterung“, sollte das Forum scheitern

CARLOS YÁRNOZ, Brüssel

Die Europäische Union steht 50 Jahre nach ihrer Gründung und kurz vor ihrer großen Osterweiterung vor der Herausforderung einer radikalen Reform. Bereits am letzten Donnerstag, mit der Aufnahme der Arbeiten des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union, ist die Debatte über die Führung der EU und darüber, wie die Machtbefugnisse zu verteilen seien, entflammt. Die Haltungen sind so gegensätzlich, dass es schwierig sein wird, zu dem vom Präsidenten des Konvents Giscard d'Estaing gewünschten Konsens zu gelangen. Sollte dieses Forum scheitern, liefe die Union Gefahr, „in Stücke zu zerbrechen“, warnte der ehemalige französische Staatspräsident.

Die EU steht vor einer doppelten Herausforderung. Die Regeln zur Beschlussfassung, die ursprünglich für eine begrenzte Mitgliederzahl vorgesehen waren, sind für 25 Mitglieder nicht geeignet. Auch müssen die Mitglieder klären, ob sie mehr auf eine politische Union setzen wollen, nachdem die Hauptziele der Wirtschaftsunion erreicht sind, oder nicht. In beiden Fällen geht es darum, eine „neue Verteilung der Befugnisse“ festzulegen, erklärt Íñigo Méndez de Vigo, Mitglied des Präsidiums des Konvents, auf die Frage „Wer macht was in Europa?“, die so häufig in den vergangenen Wochen gestellt wurde.

Die Methoden zur Entscheidungsfindung seien inzwischen – durch den Missbrauch des Vetorechts durch die einzelnen Staaten – „so komplex geworden, dass die Öffentlichkeit sie nicht mehr versteht“, klagte Giscard d'Estaing am Donnerstag. Nach der für 2004 vorgesehenen Erweiterung „wird das System nicht mehr handhabbar“, betont Kommissionspräsident Romano Prodi.

Das Problem betrifft den Europäischen Rat, in dem die Staaten vertreten sind, sowie die Kommission. Der britische Außenminister Jack Straw schlug im Namen der britischen Regierung vor, ein „Direktorium“ der großen Staaten zu gründen, die die Zügel Europas in die Hand nehmen würden. Eine Idee, die zwar von Paris oder Berlin nicht ablehnend aufgenommen wurde, die kleinen Länder allerdings erschreckt. „Wir würden an den Rand gedrängt“, protestierte der finnische Premierminister Paavo Lipponen. Der spanische Vizepräsident Rodrigo Rato versichert, es könne nur ein aus den Ländern der Euro-Zone bestehendes Direktorium geben. Hingegen akzeptieren offizielle spanische Quellen diese Formel unter der Bedingung, dass Madrid Teil dieses harten Kerns sei.

Berlin, Rom, London und sogar Paris unterstrichen die Absicht der Großen, den vom Konvent eröffneten Prozess zu nutzen, um der Kommission Kompetenzen zu entziehen, vor allem jene, über die der mächtige Kommissar Mario Monti verfügt, der jedes Jahr Strafen in Milliardenhöhe über die Staaten verhängt oder große Fusionen verbietet, in Anwendung der strengen Regeln der Gemeinschaft über den freien Wettbewerb. Da in Deutschland die Wahlen vor der Tür stehen, greift Bundeskanzler Gerhard Schröder Brüssel auf dieser Linie an, um seine Position zu stärken, während die Kommission in dieser Woche die 15 Mitgliedstaaten wegen Machtmissbrauchs vor den Europäischen Gerichtshof gebracht hat.

In der Zwischenzeit scheinen einige führende Politiker ihre Rollen getauscht zu haben. So zeigte Romano Prodi sich bereit, Kompetenzen an die Staaten abzutreten, eine Geste, die ihm im eigenen Hause heftige Kritik eingebracht hat. José María Aznar, dessen Haltung zur Zukunft der Europäischen Union weiterhin unbekannt ist, verteidigt die Position, der zufolge die Union mehr Befugnisse der Staaten übernehmen müsse, sieht sich nun allerdings gezwungen, seine zweischneidige Haltung aufzugeben, der zufolge er zum Beispiel einerseits eine verstärkte europäische Zusammenarbeit gegen den Terrorismus fordert, ohne dabei andere Initiativen zur Konsolidierung einer gemeinsamen Außen- oder Verteidigungspolitik in gleichem Maße zu unterstützen.

Das größte Rätsel jedoch, das der Konvent innerhalb eines Jahres lösen muss, und somit die Staaten im Jahre 2004, liegt in der Entscheidung darüber, wie Europa im Jahr 2010 oder 2020 aussehen, welche Rolle es auf der Weltbühne spielen und wie groß die Souveränität der Staaten sein wird; ob die Europäer eine Verfassung haben werden, eine Wirtschaftsregierung oder einen Kommissionspräsidenten, der über

Direktwahl ernannt wird, zusammen mit einem Präsidenten der Union, der von den Staaten ernannt wird.

Jean-Luc Dehaene, Vizepräsident des Konvents, macht deutlich: „Wir werden keine Vereinigten Staaten von Europa ins Leben rufen“. „Der Begriff Vereinigte Staaten von Europa ist verführerischer als der einer Föderation von Nationalstaaten“, stellt jetzt der französische Minister Pierre Moscovici klar, der dafür vor einigen Monaten in Frankreich wegen Vaterlandsverrats angeklagt worden wäre. Giscard d'Estaing erklärt, dass er die Diskussion auf „das föderale Modell“, das Berlin vertritt, und die „Föderation von Nationalstaaten“, traditionsgemäß von Paris verteidigt, zentrieren wird.

Der Kampf wird zwei Jahre dauern und die Darsteller handeln bereits die Bündnisse aus. Diejenigen, die fast ausschließlich die ökonomischen Vorteile der Union vertiefen wollen, wie Blair, Aznar, der Italiener Silvio Berlusconi oder die nordischen Länder, haben bereits einige gemeinsame Karten aufgedeckt. Auf der Gegenseite vertreten Giscard d'Estaing, die Mehrzahl der zwölf Mitglieder des Präsidiums und ein Großteil der führenden europäischen Sozialdemokraten eher ein stärkeres und vereintes Europa, das seine eigene Stimme in der Welt hat und aus dem, den Worten des ehemaligen französischen Präsidenten zufolge, ein „weiter Raum der Freiheit und Möglichkeiten“ geworden ist, in dem „Geschichte und Geographie endlich Frieden schließen können“.

Ein Forum, das der Öffentlichkeit die Tore öffnet

C. Y., Brüssel

„50 Jahre nach ihrer Gründung befindet sich die Union an einem Scheideweg, einem entscheidenden Moment ihrer Geschichte.“ Unter diesem allgemeinen Grundsatz gab die Erklärung von Laeken (Brüssel), die am 15. Dezember von den Fünfzehn verabschiedet wurde, den Wink zur Einberufung des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union unter dem Vorsitz des Franzosen Valéry Giscard d'Estaing und seiner beiden Vizepräsidenten Jean-Luc Dehaene und Giuliano Amato, die ehemaligen Premierminister Belgiens und Italiens.

Vor den Kameras. Die Tagungen des Konvents, am Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel, sind der Öffentlichkeit zugänglich und können per Internet direkt mitverfolgt werden.

Mandat des Konvents. Der Konvent soll sich auf einen neuen Vorschlag zur Verteilung der Befugnisse zwischen den Staaten und den europäischen Institutionen konzentrieren, die Rolle der nationalen Parlamente innerhalb der EU definieren, die Verträge vereinfachen und die Rechtskraft der Charta der Grundrechte der Union festlegen (die letzten beiden Kapitel könnten den Entwurf für eine europäische Verfassung bilden). Nach Laeken gehen die Ziele sehr viel weiter: von der Frage der Organisation der wechselnden Präsidenschaften der Union über die Wahl des Kommissionspräsidenten bis hin zur Stärkung der europäischen Außenpolitik.

Vorgesehener Zeitplan. Die 105 Mitglieder des Konvents werden mindestens einmal pro Monat tagen. Ihre Schlussfolgerungen werden im Anschluss von der Regierungskonferenz, die sich aus Vertretern der Staaten zusammensetzt, ab dem zweiten Halbjahr 2003 analysiert. Die endgültige Vereinbarung wird von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet.

Zusammensetzung und Ebenen. Neben dem Präsidenten und den zwei Vizepräsidenten, repräsentieren 15 Mitglieder des Konvents ihre Regierungen (Ana Palacio vertritt die spanische Regierung), 30 ihre nationalen Parlamente (zwei Mitglieder pro Land, für Spanien José Borrell und Gabriel Cisneros), 16 das Europäische Parlament und zwei die Kommission (der Franzose Michel Barnier und der Portugiese António Vitorino). Weitere 39 Mitglieder repräsentieren die Regierungen und Parlamente der 13 Beitrittsländer. Die sechs Vertreter des Ausschusses der Regionen, unter der Leitung von Eduardo Zaplana, dürfen nur als Beobachter teilnehmen.

Veröffentlicht in der Tageszeitung EL PAÍS vom 3. März 2002 im internationalen Nachrichtenteil. Autor: Carlos Yáñez.